

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer: 25 241.  
Für die Nachdrucke: 20 O.T.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preis:  
a. 16. bis 30. November 1924 befrist. zweimonatiger Jahrgang, 100 Hefen, 1,20 Mark.  
Die Anzeigen werden nach demselben berechnet: die einseitige 1. Spalte 30 Pfg., die zweiseitige 20 Pfg., die dreiseitige 15 Pfg., die vierseitige 10 Pfg., die fünfseitige 8 Pfg., die sechsseitige 6 Pfg., die sieben- bis zehenseitige 5 Pfg., die elf- bis vierzehenseitige 4 Pfg., die fünfzehenseitige 3 Pfg., die sechzehenseitige 2 Pfg., die siebenzehenseitige 1 Pfg., die achtzehenseitige 1 Pfg., die neunzehenseitige 1 Pfg., die zwanzigseitige 1 Pfg., die einundzwanzigseitige 1 Pfg., die zweiundzwanzigseitige 1 Pfg., die dreiundzwanzigseitige 1 Pfg., die vierundzwanzigseitige 1 Pfg., die fünfundzwanzigseitige 1 Pfg., die sechsundzwanzigseitige 1 Pfg., die siebenundzwanzigseitige 1 Pfg., die achtundzwanzigseitige 1 Pfg., die neunundzwanzigseitige 1 Pfg., die dreißigseitige 1 Pfg., die einunddreißigseitige 1 Pfg., die zweiunddreißigseitige 1 Pfg., die dreiunddreißigseitige 1 Pfg., die vierunddreißigseitige 1 Pfg., die fünfunddreißigseitige 1 Pfg., die sechsunddreißigseitige 1 Pfg., die siebenunddreißigseitige 1 Pfg., die achtunddreißigseitige 1 Pfg., die neununddreißigseitige 1 Pfg., die vierzigseitige 1 Pfg., die einundvierzigseitige 1 Pfg., die zweiundvierzigseitige 1 Pfg., die dreiundvierzigseitige 1 Pfg., die vierundvierzigseitige 1 Pfg., die fünfundvierzigseitige 1 Pfg., die sechsundvierzigseitige 1 Pfg., die siebenundvierzigseitige 1 Pfg., die achtundvierzigseitige 1 Pfg., die neunundvierzigseitige 1 Pfg., die fünfzigseitige 1 Pfg., die einundfünfzigseitige 1 Pfg., die zweiundfünfzigseitige 1 Pfg., die dreiundfünfzigseitige 1 Pfg., die vierundfünfzigseitige 1 Pfg., die fünfundfünfzigseitige 1 Pfg., die sechsundfünfzigseitige 1 Pfg., die siebenundfünfzigseitige 1 Pfg., die achtundfünfzigseitige 1 Pfg., die neunundfünfzigseitige 1 Pfg., die sechzigseitige 1 Pfg., die einundsechzigseitige 1 Pfg., die zweiundsechzigseitige 1 Pfg., die dreiundsechzigseitige 1 Pfg., die vierundsechzigseitige 1 Pfg., die fünfundsechzigseitige 1 Pfg., die sechsundsechzigseitige 1 Pfg., die siebenundsechzigseitige 1 Pfg., die achtundsechzigseitige 1 Pfg., die neunundsechzigseitige 1 Pfg., die siebenzigseitige 1 Pfg., die einundsiebzigseitige 1 Pfg., die zweiundsiebzigseitige 1 Pfg., die dreiundsiebzigseitige 1 Pfg., die vierundsiebzigseitige 1 Pfg., die fünfundsiebzigseitige 1 Pfg., die sechsundsiebzigseitige 1 Pfg., die siebenundsiebzigseitige 1 Pfg., die achtundsiebzigseitige 1 Pfg., die neunundsiebzigseitige 1 Pfg., die achtzigseitige 1 Pfg., die einundachtzigseitige 1 Pfg., die zweiundachtzigseitige 1 Pfg., die dreiundachtzigseitige 1 Pfg., die vierundachtzigseitige 1 Pfg., die fünfundachtzigseitige 1 Pfg., die sechsundachtzigseitige 1 Pfg., die siebenundachtzigseitige 1 Pfg., die achtundachtzigseitige 1 Pfg., die neunundachtzigseitige 1 Pfg., die neunzigseitige 1 Pfg., die einundneunzigseitige 1 Pfg., die zweiundneunzigseitige 1 Pfg., die dreiundneunzigseitige 1 Pfg., die vierundneunzigseitige 1 Pfg., die fünfundneunzigseitige 1 Pfg., die sechsundneunzigseitige 1 Pfg., die siebenundneunzigseitige 1 Pfg., die achtundneunzigseitige 1 Pfg., die hundertseitige 1 Pfg.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsbüro:  
Marianstraße 38 40  
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
Postfach - No. 1068 Dresden.

## Reichsregierung und Fall Mathusius.

Schwächliche Einstellung in Berlin. — Französische Wahlmanöver mit der Begnadigung. Wie der Sohn des Reichspräsidenten den Wahlkampf führt. — Wahlschlagerei zwischen Sozialisten und Syndikalisten in Krefeld.

### Die Schwäche der Reichsregierung.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 27. Nov. Der Fall des General Mathusius scheint nicht nur für das Frankreich des Herrn Herriot eine Blamage bleiben zu wollen. Die deutsche Reichsregierung läßt jetzt, nachdem die „Begnadigung“ erfolgt ist, ihren schwächlichen Standpunkt erkennen. Mit dieser „Begnadigung“ sei nicht nur die praktische Seite der Angelegenheit erledigt worden, sondern auch das Kriegsgericht in Velle hinsichtlich des Generalen für den Spruch des Kriegsgerichtes für den General keine Ehrenkränkung enthalten, da er vom Standpunkt des „Weltrechtes empfindens“ aus vollkommen belanglos gewesen sei, und es lediglich darauf ankomme, die praktischen Folgen dieses Spruches für den General zu verhindern. Der Verzicht auf Revision sei sogar eine Verbesserung der Rechtslage.

Mit dieser Auffassung teilt die Reichsregierung die Meinung unserer Lesarten, daß es ja nicht so schlimm sei, wenn einmal ein deutscher General von einem französischen Kriegsgericht verurteilt würde, wenn nur das Urteil ein Scheinurteil bliebe. Die Reichsregierung vermag also nicht einzusehen, daß die Begnadigung den alten verdienten untadeligen Offizier auf eine Stufe mit gemeinen Verbrechern stellt, denen man ja schließlich auch durch Begnadigung Strafen zu schenken pflegt. Deutlicher kann diese Regierung der sogenannten „Mitte“ gar nicht zeigen, daß sie ganz unfähig ist, die Würde und Ehre eines Volkes zu wahren.

Sehr bezeichnend dafür ist es ja auch, daß ihre amtlichen Stellen erklären, die Regierung wisse gar nicht, wo sie in diesem Falle einhalten könnte, da es für die Regierung Herriot genau so schwer sei, gegen ein Kriegsgericht vorzugehen, wie es für die Reichsregierung schwer wäre, gegen einen deutschen Richter vorzugehen. Daß in einer solchen Entschuldigung viel mehr liegt, als nur das Eingeständnis einer geradezu ungläublichen Unbeholfenheit, ist klar. Ebenso wie unsere Reichsjustizverwaltung ohne weiteres gegen einen preussischen Richter vorgehen würde, der sich unterhönde, ein die in- und ausländische Öffentlichkeit im höchsten Maße erregendes Fehlurteil zu fällen, ebenso wäre es der Regierung Herriot möglich, gegen den Spruch des Viller Kriegsgerichtes vorzugehen.

### Der Revisionsantrag Mathusius' hinfällig?

Die Auffassung der Viller Juristen.  
Basel, 27. November. Der „Baseler Anzeiger“ meldet aus Velle: Nach der Auffassung in richterlichen Kreisen in Velle ist der Revisionsantrag des Generals Mathusius durch die Amnestie des Staatsanwalter in Velle gestrichen. Das Viller „Echo de Nord“ schreibt, daß der Revisionsantrag in Paris, der für die Urteile der Kriegsgerichte zuständig ist, nach der Amnestierung durch den Präsidenten der Republik den Revisionsantrag nicht mehr annehmen könne, da ein erledigtes Verfahren vorliegt.

Der „Courant“ meldet aus Paris: Die Ausführungen in den Pariser Zeitungen bestätigen, daß die deutsche Regierung aus moralischen Gründen eine solche Erledigung des Falles Mathusius gewünscht habe. Wenn auch nicht direkt ausgesprochen, so ist doch tatsächlich damit der Verzicht Deutschlands auf eine Rehabilitierung des Generals bekräftigt worden. Man kann eine Erklärung für dieses Verhalten Deutschlands, das dem neutralen Beobachter ganz un-

verständlich erscheint, nur darin finden, daß Deutschland ausländische Urteile gegen deutsche „Kriegsschuldige“ beunruhigt als nicht existierend ansieht. Der „Courant“ fügt hinzu: Der Ehrenstandpunkt sollte eine maxime sein, über die ein souveräner Staat nicht debattiert, wie England jetzt im Falle Kapoptens. Aber der Fall Mathusius scheint der deutschen Regierung mit Rücksicht auf die Wahlen gefährlich zu werden.

### Die französische Presse über den Eindruck in Deutschland.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Paris, 27. Nov. Perrinax kritisiert im „Echo de Paris“ die Begnadigung des Generals v. Mathusius auf das schärfste. Es wäre besser gewesen, meint Perrinax, wenn man den General überhaupt nicht verhaftet hätte. Herriot habe sicherlich gedacht, daß er durch eine Begnadigung des Generals den Nationalisten in Deutschland die Wahlargumente aus der Hand nehme. Diese Rechnung Herriot's stimme natürlich nicht. Es sei nur zu sicher, daß die Nationalisten in Deutschland morgen zu schreiben begännen: „Seht Ihr wohl, was Frankreich für große Missetaten vor uns hat. Seht Ihr wohl, wir haben Frankreich dazu gebracht, nachzugeben.“ Schon vor kurzem habe in Deutschland ein großer Preßkampf eingeleitet über die Fraae, welche Partei in Frankreich bei der Verböner Konferenz die Zuständigkeiten abgeprecht habe. Stresemann habe durch seine Presse erkläre lassen, daß die Demokraten und die Sozialisten des Zentrums nicht den Willen gehabt hätten, die militärische Diktatur des Angeklagten zu fordern in der Meinung, daß es unklar sei, mit einer derartigen Forderung die erzielten Resultate wieder in Frage zu stellen. Perrinax meint, daß Stresemann mit dieser Behauptung recht haben könne, und sicherlich sei es ihm gelungen, für diese Behauptung Glaubens zu finden. Man bereite in Deutschland nur zu gut, wie sehr die Schwächen der französischen Politik schlichtlich doch die deutschen Forderungen begünstigen, denn schreibt Perrinax weiter, wenn die Begnadigung des Generals wieder die Einseitigkeiten in Deutschland hätte, so sei damit noch nichts gewonnen. Da hinsichtlich der Außenpolitik absolut keine Unterschiede zwischen den deutschen Parteien beständen. Man könne also bereits jetzt sagen, daß die Politik, die Herriot mit der Begnadigung des Generals versuche, zum Scheitern verurteilt sei.

Der „Quotidien“ berichtet über den Eindruck, den die Begnadigung des Generals v. Mathusius gemacht habe und schreibt: Die deutschen Nationalisten zeigen sich sehr unzufrieden mit der Begnadigung. Die Leute, die die Ermordung Liebknecht's, Cäsars, Erzberger's, Mathusius' sowie die Verurteilung Fehrenbach's lebhaft bedauern (1), hätten vor Empörung bei der Verkündung des Falles Mathusius gestohlet und dabei sei die ganze Empörung nur ein Wahlmanöver gewesen, das von der gesamten Presse des Zentrums, der Sozialdemokratie, der Demokratie und eines Teiles der Deutschen Volkspartei tadelvoll befunden worden sei. Stresemann sei dem Reichsfanzler in den Rücken gefallen, denn während der Reichsfanzler in Köln zur Anstaltbarkeit geraten habe, habe Stresemann in Berlin durch seine Zeitung erklären lassen, man könne dem General Mathusius nur den alten No. geben, unbedingt seine Begnadigung abzulehnen und die Revision des Prozesses zu verlangen.

### Die deutsch-russischen Interessengegenstände.

Zu den bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen.  
Dem Beginn der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen sind von deutscher wie von russischer Seite eine Anzahl Veröffentlichungen vorangegangen, die mehr prinzipielle Gegenstände enthalten, als man gemeinhin anzunehmen gewohnt ist. Für beide Vertragspartner hat sich die Grundlage, auf der der Rapallo-Vertrag und die damaligen Wirtschaftsverhandlungen aufgebaut worden waren, grundsätzlich geändert. Hierbei mag die Frage der politischen und der wirtschaftspolitischen Struktur Sowjet-Russlands und deren Rolle in Vertragsgrundlagen mit anders aufgebauten Staaten aus der Betrachtung zunächst ausfallen. Vielmehr gewinnt der Gedanke an Bedeutung, daß die Hoffnungen, die von beiden Vertragspartnern an diese Verträge geschlossen worden waren, heute gänzlich überholt sind. Tamara glaubte man in Deutschland an die Entwicklungsfähigkeit des russischen Marktes, und für Russland lag die Bedeutung dieser Abkommen darin, im deutschen Exporthandel einen Agenten für russische Rohstoffe für den Weltmarkt zu finden. Das letztere ist erreicht worden, und bei allen Hindernissen, die den russischen Produkten auf dem Weltmarkt noch gegenüberstehen mögen, kann man doch sagen, soweit die Möglichkeit besteht, russische Produkte anzuschaffen, ist der Weltmarkt diesen offen und nicht zuletzt mit deutscher Hilfe und unter deutscher Vermittlung. Die russische Handelspolitik hat versucht, im Laufe der letzten Jahre den deutschen Vermittler auszuschießen und abzurängen, und die letzten Vorgänge bei der russischen Handelsmission in Berlin, soweit sie von russischer Seite mitprovokiert worden sind, weisen auf diese Tendenz ein besonderes Schlaglicht.

Auf der anderen Seite hat Russland aber nichts getan, um dem deutschen Kapital und dem deutschen wirtschaftlichen Unternehmungsgeist in Russland selbst geeignete Arbeitsmöglichkeiten zu geben. Man kann sogar sagen, daß Russland vom ersten Tage an dieser Seite der alten Wirtschaftsverhandlungen Schwierigkeiten in den Weg gelegt hat. Der größte Teil der gelegentlich deutschen Firmen gewährten Konzessionen hat sich als nicht arbeitsfähig erwiesen, und es bedarf nichts, daß die eine oder andere deutsche Gesellschaft in Russland auf der Basis umfangreicher Kontrakte heute noch gänzlich arbeitet oder wesentlich günstigere Perspektiven aufweisen kann als andere bereits abgebaute Konzessionen. Da im Verkehr mit Russland keine europäische kapitalistische Firma sicher ist, ein bereits vorgeschriebenes Wirtschaftsprogramm auch wirklich durchzuführen zu können.

Aber auch hierüber hätte sich für bestimmte Formen von Unternehmungen die Möglichkeit geboten, sich an die besonderen Verhältnisse Sowjet-Russlands anzupassen wenn nicht Russland auch die Möglichkeit eines geeigneten Exporterfolges unumgänglich gemacht hätte. Die deutsche Maschinenindustrie hat hierin bedauerliche Erfahrungen aufzuweisen. Nachdem in den russischen Grenzstädten für verschiedene Zweige der Maschinenindustrie deutsche Agenturen und Werklager eingerichtet worden waren, hatte es die Sowjet-Regierung verstanden, diese Werklager und Vertretungen in den Rahmen ihres staatlichen Handelsmonopols einzufassen. Staatliche russische Gesellschaften mit der besonderen Struktur der von diesen betriebenen Handelspolitik, die wesentlich verschieden von einer Wirtschaftspolitik europäischer Gesellschaften ist, übernahmen und monopolisierten die Vertretung deutscher Maschinenfabriken. Der Einfluß des deutschen Exportes verschwindet, und die Möglichkeit, seinen Geschäftserfolg zu erweitern, ist überaus gering, vorausgesetzt, daß er nicht noch direkten Schaden im Abtransport und Abrechnungsverkehr erleidet. Der gelegentlich aufgetretene Versuch, private russische Handelsfirmen ins Leben zu rufen oder solche Firmen mit ausländischem Kapital gemeinsamer als gemischte Gesellschaften zu gründen, hatte nur geringen vorübergehenden Erfolg. Heute spielen diese Gesellschaften in russischen Wirtschaftsleben keine Rolle mehr. Sie sind entweder ganz verschwunden oder in Bedeutungslosigkeit verurteilt. Dem englischen Protest gegen die Auflösung englischer russischer kaufmännischer Gesellschaften hätte die deutsche Regierung alle Verantwortung, sich anzuschließen; denn die Zahl der deutsch-russischen Gesellschaften, deren Existenz auf dem Spiele steht, ist weit größer.

Damit sind die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen am Kernpunkt ihrer Schwierigkeiten angelangt.

Daß die Russen sich ausenblicklich dazu verstehen werden, solchen Gesellschaften oder den eigenen Vertretungen deutscher Firmen wirtschaftliche Bewannungsfreiheit zu gestatten, scheint heute mehr denn je als zweifelhaft.

Für Russland ist Deutschland heute schon so etwas wie eine ausgeauetete Nitrone. Russland bereitet sich vor, der neuen konservativen Regierung in England neue und bessere Angebote zu machen, und vor allen Dingen gewisse Garantien im Falle einer Anleihe zu geben, die es der vertriebenen Arbeiterregierung und die es auch Deutschland gegenüber nicht für nötig hält. Russland sieht aus keiner Sonderstellung nicht nur politischen, sondern auch wirtschaftlichen Profit, es wird lieber mit England und Frankreich getrennt war, aber politisch auf einer Linie, verhandeln und zu gewissen Konzessionen bereit sein, als den für Deutschland notwendigen Standpunkt nützlicher wirtschaftspolitischer Verhandlung wichtiger Vertragsfragen einzunehmen. Wenn es politisch-atomosphärische Sentiments dafür eintauschen kann, härt es seine Stellung mehr, als wenn es zunächst praktischen Wirtschaftsaustausch treibt, der zwar der inneren Entwicklung des

## Das Budget der Reichsfinanzverwaltung.

### Eine amtliche Stellungnahme.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 27. November. Amtliche Stelle wird Nachrichten über den Haushaltsentwurf für 1925 entgegengetreten, in denen behauptet worden war, daß der Haushaltsentwurf der allgemeinen Reichsfinanzverwaltung mit einem Ueberschuß von über 25 Milliarden Reichsmark abschließe. Nach dem Minister der Finanzen, so wird ausgeführt, müsse auffallen, daß es sich hier nur um einen Ausschnitt aus dem Gesamthaushalt handele, aus dem man keine Rückschlüsse auf das Gesamtbild des Haushalts ziehen könne. Man habe hier, wie bekannt, den Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung herausgearbeitet, in dem im wesentlichen die Einnahmen, sowie die Steuerüberweisungen an Länder und Gemeinden veranschlagt werden, während die übrigen Teile des Haushaltsplanes, die in der Hauptfache Ausgabenbetriebe darstellen, unberücksichtigt geblieben seien.

Während diese Ausgabenbetriebe im Rahmen des Gesamtplanes mit berücksichtigt, so ergebe sich, daß der Entwurf für 1925 sich im ordentlichen Haushalt in Einnahmen und Ausgaben zwar ausgleiche, im außerordentlichen dagegen ein Defizit aufweise.

Es werde behauptet, daß die Aufwandsfelder der Reichsminister gegenüber dem Vorjahr von 12.000 auf 30.000 Reichsmark heraufgesetzt worden seien. Daraus könnte gefolgert werden, daß die Aufwandsfelder jedes einzelnen Reichsministers in dieser Höhe festgelegt werden sollten. Das sei natürlich nicht der Fall, sondern es handle sich um einen Sammelbegriff, aus dem die Kosten für besondere repräsentative Aufwendungen sämtlicher Reichsminister bekräftigt werden sollen.

Daß für Mehraufwendungen für Beförderungen eine Pauschale von 800 Millionen veranschlagt sei, beruhe

darauf, daß die Vorarbeiten für die Aufstellung des Haushaltsplanes am 1. Juli d. J. abgeschlossen werden mußten, wobei zunächst nur die Beförderungsausgaben nach dem Stande vom 1. Juli eingeleitet werden konnten. Der Beitrag von 800 Millionen Mark stelle den Bedarf dar für die beschlossenen Beförderungserhöhungen und für die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses einschließlich der Rückwirkungen auf Pensionen, Kriegsschuldigen usw. — Mehreren für eine künftige Beförderungserhöhung seien darin nicht enthalten.

### Der Fortgang der Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Paris, 27. November. Der „Matin“ berichtet über die gestrigen deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, daß, obwohl nur eine allgemeine Aussprache über die technischen Einzelheiten der Zolltarifachaltung stattgefunden habe, doch sehr interessante Ergebnisse erzielt worden seien. Ramentlich hätten sich die französischen Delegierten bei den Deutschen nach der künftigen Zolltarifgestaltung erkundigt. Man sei durch das Beispiel Belgiens gemotigt worden und wolle nicht ein zweites Mal hineingelegt werden. Weiter hätten sich die französischen Unterhändler bemüht, von deutscher Seite die nötige Zusicherung zu erbitten, daß die berühmte Offensive gegen die französischen Waren durch allgemeine oder lokale Einfuhrverbote nicht wiederkehre.

Paris, 28. Nov. Finanzminister Clementel hat heute die Vertreter der Alliierten ausländischer Banken, vor allem die Vertreter der amerikanischen Bankhäuser, empfangen, um ihnen Auffklärung über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Frankreichs zu geben. (W. T. B.)